



EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 14.10.2021
COM(2021) 636 final

**BERICHT DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN RAT,
DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND DEN
AUSSCHUSS DER REGIONEN**

über die Umsetzung der EU-Jugendstrategie (2019–2021)

{SWD(2021) 286 final} - {SWD(2021) 287 final}

**BERICHT DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN RAT,
DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND DEN
AUSSCHUSS DER REGIONEN**

über die Umsetzung der EU-Jugendstrategie (2019–2021)

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung.....	2
2.	Wie ist es, heute in Europa jung zu sein?	2
3.	Einblicke in den Jugendsektor	5
4.	Fortschritte bei der Verwirklichung der allgemeinen Ziele	6
	Beteiligung.....	9
	Begegnung.....	12
	Befähigung.....	13
5.	Hauptinstrumente zur Unterstützung der Zusammenarbeit und des Voneinander-Lernens.....	16
6.	Schlussfolgerungen und Ausblick für die jugendpolitische Zusammenarbeit in der EU	20

1. Einleitung

Die jugendpolitische Zusammenarbeit auf EU-Ebene begann im Jahr 2002 und bildete fortan den politischen Rahmen für die seit 1988 durchgeführten EU-Jugendprogramme. Die EU-Jugendstrategie 2019–2027¹ ist die dritte Generation dieses Rahmens. Ihr liegt ein dualer Ansatz zugrunde: a) die Einbeziehung jugendrelevanter Initiativen in allen Politikbereichen und b) das Angehen der Kernbereiche des Jugendsektors: Beteiligung. Begegnung. Befähigung. Dieser EU-Jugendbericht 2021 dient der Bewertung der Fortschritte bei der Verwirklichung der Ziele und Prioritäten der EU-Jugendstrategie für den Zeitraum 2019–2021. Er bezieht sich auf den ersten EU-Dreijahres-Arbeitsplan für die Jugend im Rahmen der geltenden EU-Jugendstrategie, der sich über zwei Dreivorsitze des Rates erstreckt.

2. Wie ist es, heute in Europa jung zu sein?

Wie aus der zugehörigen Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen zur Situation junger Menschen² hervorgeht, verbesserte sich der Zugang junger Menschen zu Möglichkeiten in den Bereichen Bildung, Beschäftigung, Mobilität und demokratische Teilhabe bis Ende 2019, bevor die COVID-19-Pandemie ausbrach. Die Pandemie führte zu einer Unterbrechung der allgemeinen und beruflichen Bildung und anderer Lerntätigkeiten, zum Verlust von Arbeitsplätzen und Karrierechancen, zu sozialer Isolation und psychischen Problemen.

Vor der COVID-19-Pandemie: Junge Menschen in Europa waren zunehmend mobil und vernetzt, allerdings mit Unterschieden in den Bereichen Bildung und sozioökonomische Ungleichheit

Im Jahr 2019 lebten etwa 86 Mio. junge Menschen in der EU-28³ (jede sechste Person war zwischen 15 und 29 Jahren alt). Der Anteil junger Menschen an der Gesamtbevölkerung der EU ging zwischen 2010 und 2019 um 1,8 Prozentpunkte zurück (die stärksten Rückgänge waren im Baltikum und in Osteuropa zu verzeichnen), was die langfristige rückläufige Tendenz der jugendlichen Bevölkerung bestätigt. Parallel dazu hat sich allerdings die Migration junger Menschen innerhalb Europas und nach Europa seit den 1990er Jahren beschleunigt.

Im Jahr 2019 gab ein Drittel der jungen Menschen in der EU an, sich mindestens zwei Wochen lang im Rahmen von Studium, Ausbildung, Arbeit, eines Austauschprogramms oder einer Freiwilligentätigkeit im Ausland aufzuhalten zu haben.⁴ Mehr als 40 % der jungen Menschen, die eine Lern- oder Freiwilligentätigkeit im Ausland erwogen, aber nicht

¹ Angenommen durch die Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zu einem Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa: Die EU-Jugendstrategie 2019–2027, ABl. C 456 vom 18.12.2018, S. 1.

² Die Definition junger Menschen variiert, doch für statistische Zwecke auf EU-Ebene wird häufig die Altersspanne zwischen 15 und 29 Jahren verwendet.

³ Wenn nicht anders angegeben, stammen die in diesem Bericht verwendeten Daten aus der Eurostat Online Datenbank: <https://ec.europa.eu/eurostat/de/data/database>. In diesem Zusammenhang sind junge Menschen als Menschen zwischen 15 und 29 Jahren definiert.

⁴ 2019 Flash Eurobarometer 478: How do we build a stronger, more united Europe? The views of young people (Wie schaffen wir ein stärkeres, geeinteres Europa? Die Ansichten junger Menschen). Mobilität im Rahmen von Tourismus oder junge Menschen, die mit ihrer Familie im Ausland leben, schloss die Frage aus.

umgesetzt hatten, erklärten, ihnen fehlten die erforderlichen finanziellen Mittel, oder gaben familiäre, persönliche oder arbeitsbezogene Gründe an.

In den letzten Jahren – bis die COVID-19-Pandemie ausbrach – befanden sich die europäischen Volkswirtschaften auf dem Weg der Erholung von der Wirtschaftskrise. Allerdings waren im Jahr 2019 immer noch über 5 Mio. Einwohner/innen der EU-28 im Alter von 15 bis 29 Jahren arbeitslos (6,3 % aller jungen Menschen im Alter von 15 bis 29 Jahren oder 11,1 % der jungen Erwerbsbevölkerung). Zwischen 2015 und 2019 waren die Jugendarbeitslosenquoten in allen EU-Mitgliedstaaten zurückgegangen, sie blieben aber stets mehr als doppelt so hoch wie die Gesamtarbeitslosigkeit. Vor dem Hintergrund der Pandemie stieg die Jugendarbeitslosigkeit in der EU-27 von 11,9 % im Jahr 2019 auf 13,3 % im Jahr 2020 an. Es dauert länger, bis sich junge Menschen dauerhaft in den Arbeitsmarkt integrieren, und gefährdete Gruppen sind im Arbeitsumfeld weiterhin benachteiligt.

Junge Menschen beteiligen sich in vielen bürgerschaftlichen und politischen Formen. Dazu gehören Organisationen der Zivilgesellschaft und soziale Bewegungen, aber auch nicht institutionalisierte Formen der Beteiligung wie die von jungen Menschen angeführte globale Klimabewegung Fridays for Future. Außerdem schätzen sie das Wählen als wichtigen Kanal der demokratischen Teilhabe: Mehr als zwei Drittel der jungen Menschen in der EU haben bei Wahlen auf kommunaler, nationaler oder europäischer Ebene mindestens einmal ihre Stimme abgegeben. Die steigende Tendenz hat sich bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2019 bestätigt.⁵ Junge Menschen haben zudem ein recht positives oder sehr positives Bild von der EU. Sie vertrauen der EU tendenziell mehr und sind mit der Funktionsweise der Demokratie auf nationaler und europäischer Ebene eher zufrieden als ältere Erwachsene.

Die Nutzung des Internets ist ein wesentlicher Bestandteil des Lebens junger Menschen in der EU-28; im Jahr 2019 nutzten 90 % es täglich und 45 % nahmen E-Learning-Angebote in Anspruch. Die Digitalisierung hat zahlreiche Interaktions-, Lern- und Teilhabemöglichkeiten geschaffen. Gleichzeitig birgt sie jedoch Herausforderungen im Zusammenhang mit digitalen Kompetenzen und der digitalen Kluft sowie die Gefahr, dass junge Menschen schädlichen Inhalten und Kontakten ausgesetzt sind. Junge Europäer/innen, insbesondere diejenigen in ländlichen und abgelegenen Regionen und mit einem niedrigeren formalen Bildungsniveau, berichten immer wieder, dass sie das Internet nur begrenzt nutzen, um mit Behörden zu interagieren und am elektronischen Handel und der kollaborativen Wirtschaft teilzunehmen. Herausforderungen sind die Konnektivität, der Breitbandzugang und die Verfügbarkeit digitaler Geräte. Digitale Geräte und eine Internetverbindung sind für das Lernen unverzichtbar geworden und die damit verbundenen Bildungskosten haben die Ungleichheit verschärft.

Der COVID-19-Ausbruch hat die digitalen Trends beschleunigt und sich stark negativ auf Bildung, Beschäftigung und die psychische Gesundheit ausgewirkt

⁵ In der jüngsten Altersgruppe (d. h. der Altersgruppe 16/18–24) gaben 42 % an, gewählt zu haben, gegenüber nur 28 % im Jahr 2014. Eine ausgeprägte Zunahme war auch für die Altersgruppe der 25- bis 39-Jährigen zu verzeichnen (von 35 % im Jahr 2014 auf 47 % im Jahr 2019). Die Wahlbeteiligung unter älteren Wählern ist jedoch nach wie vor höher als unter jüngeren Wählern. Europäisches Parlament, The 2019 post-electoral survey, S. 22.

Durch die COVID-19-Pandemie sind die Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung weltweit und in der gesamten Europäischen Union auf beispiellose Weise betroffen und unter Druck geraten. Die Einschränkungen haben zu erheblichen Veränderungen des Unterrichtens und Lernens sowie der Kommunikation und Zusammenarbeit in den Bildungsgemeinschaften geführt. Sie haben sich auf Lernende und ihre Familien, Lehrkräfte, Ausbilder/innen, Forschende und Leiter/innen von Bildungseinrichtungen sowie auf Sozialarbeiter/innen im Bereich Bildung und Jugend ausgewirkt.

Das Lernen wurde aufgrund der fehlenden engen Interaktion mit den Lehrkräften und anderen Lernenden, durch weniger Einzelheiten und durch Verzögerungen oft erschwert und das körperliche und emotionale Wohlbefinden hat gelitten, da die Schulen und Universitäten nicht in der Lage waren, strukturierte Aktivitäten oder Zugang zu Einrichtungen und Unterstützungsstellen anzubieten. Die sozialisierende Dimension der Bildung wurde stark beeinträchtigt und viele junge Menschen haben Gefühle von Isolation, Angst und Depression erlebt. Darüber hinaus waren junge Menschen aus benachteiligten Verhältnissen häufiger einem belastenden häuslichen Umfeld ausgesetzt.

Die Pandemie hat bereits zuvor bestehende sozioökonomische Ungleichheiten bei den häuslichen Lernmöglichkeiten von Kindern deutlicher hervortreten lassen. Für ganze Gruppen von Lernenden – Lernende aus abgelegenen und ländlichen Gebieten, Migrantinnen und Migranten und Flüchtlinge, junge Menschen mit besonderen Bedürfnissen oder einem anderen benachteiligten Hintergrund – bestand das Risiko eines Ausschlusses vom Online-Unterricht und -Lernen. Vielen Familien und Lernenden fehlten die Kompetenzen, Ressourcen und die Ausrüstung, die für den Fernunterricht erforderlich sind. Dies war ein großes Problem für Personen, die normalerweise gezielte Lernunterstützung, subventionierte Mahlzeiten oder Zugang zu vielfältigen außerschulischen Aktivitäten und Mentoring erhalten.

Kurz gesagt: Hat die Schließung von Bildungseinrichtungen auch in gewissem Maße für alle Lernenden den Lernfortschritt beeinträchtigt, so hat sich der Übergang zum Fernunterricht unverhältnismäßig negativ auf diejenigen ausgewirkt, die ohnehin bereits benachteiligt waren. Dadurch ist die Wahrscheinlichkeit eines Schulabbruchs für gefährdete Lernende gestiegen. Nachdem in den Vorjahren der Anteil junger Menschen, die keine Schule besuchen, keiner Arbeit nachgehen und keine Berufsausbildung absolvieren (NEET), stetig zurückgegangen war, sind diese Zahlen 2020 wieder auf das Niveau von 2017 (13,7 %) zurückgekehrt. Eine erste Bewertung der verfügbaren Daten deutet zudem auf eine Zunahme der sozialen Ausgrenzung im vergangenen Jahr hin. Das höchste Risiko besteht für junge Menschen und Kinder, insbesondere dann, wenn sie ohnehin bereits benachteiligt sind. Welche mittel- und langfristigen Folgen die Störung nach sich ziehen wird, ist noch nicht klar, doch sie könnte sich auf die künftige Quote früher Schulabgänge, den Kompetenzerwerb und die Lernergebnisse auswirken.

Darüber hinaus hat COVID-19 einen beispiellosen Effekt auf die psychische und emotionale Gesundheit junger Menschen, die auch vor der Pandemie schon Anlass zur Sorge gab. Die Pandemie verändert in dramatischer Weise die zwischenmenschlichen Beziehungen junger Menschen und löst ernste Sorgen und Ängste aus. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sind stark durch Störungen der familiären und sozialen Bindungen beeinträchtigt, und die

durch die Lockdowns ausgelöste Wirtschaftskrise betrifft junge Europäer/innen in besonderem Maße.⁶

COVID-19 hat auf dem Arbeitsmarkt die ohnehin bestehenden Ungleichheiten zwischen jungen Europäerinnen und Europäern und der übrigen Erwerbsbevölkerung verschärft. Die Arbeitslosenquoten sind 2020 zwar in allen Altersgruppen gestiegen, doch für junge Menschen wurde ein größerer Anstieg verzeichnet. Ein Vergleich der Jugendarbeitslosigkeit in den Jahren 2019 und 2020 zeigt, dass sich die zwischen 2013 und 2019 rückläufige Tendenz in allen Jugendaltersgruppen 2020 umgekehrt hat.

Am stärksten von der Krise betroffen sind die Sektoren, in denen die meisten jungen Europäer/innen arbeiten (z. B. der Einzelhandel, das Gastgewerbe, die Gastronomie). Vor allem junge Frauen sind häufig betroffen, da sie in diesen Sektoren gegenüber jungen Männern überrepräsentiert sind. Personen mit einem sicheren Arbeitsplatz, der Telearbeit ermöglicht, waren weniger von Arbeitslosigkeit betroffen als Personen in prekären Beschäftigungsverhältnissen und insbesondere in Sektoren, in denen Telearbeit nicht möglich ist.

Da die meisten jungen Menschen die sozialen Medien nutzen, um sich zu informieren (65 % gemäß Eurobarometer 2019), hat die Kommission die Medienkompetenz gefördert, um junge Menschen gegen Desinformation über COVID-19 und andere Themen zu wappnen. Junge Europäer/innen, die zu den Nachrichten über die Pandemie im Jahr 2020 befragt wurden, gaben an, wissenschaftlichen Informationsquellen am meisten zu vertrauen, gefolgt von Webseiten der nationalen Regierungen.⁷ Junge Menschen haben große Widerstandsfähigkeit gezeigt und sich zudem engagiert, um die Auswirkungen der Pandemie abzumildern. Viele haben Freiwilligentätigkeiten aufgenommen und die ältere Generation unterstützt.

3. Einblicke in den Jugendsektor

Jugendorganisationen und Organisationen, die im Bereich der Jugendarbeit tätig sind, leisten in mehreren Bereichen, z. B. Bildung, Inklusion, Gesundheit und Beschäftigung, einen Beitrag zur europäischen Politik. Außerdem sind sie wichtige Partner bei der Umsetzung der EU-Jugendstrategie. In einer Studie über die Lage der Jugendvertretung in der EU⁸ von 2019 wurde festgestellt, dass der Jugendsektor in der EU generell wächst und dass traditionelle Jugendstrukturen wie Nichtregierungsorganisationen (NRO) und Netzwerke weiterhin eine Schlüsselrolle spielen. Im Rahmen dieser Strukturen werden zunehmend Online-Methoden zur Kontaktaufnahme genutzt; auch vor COVID-19 war dies bereits zu beobachten. NRO kombinieren häufig die Online-Arbeit in den sozialen Medien mit physischem Engagement vor Ort, z. B. Kontakt zu Schulen, Jugendarbeit und Anwerbung neuer Mitglieder bei Versammlungen.

⁶ OECD, 2020. Youth and COVID-19: Response, recovery and resilience (Die Jugend und COVID-19: Reaktion, Erholung und Resilienz). OECD, 2020. ILO (2020), Covid and Youth. Impacts on jobs, education, rights and mental well-being (Die Jugend & COVID-19: Auswirkungen auf Beschäftigung, Bildung, Rechte und das psychische Wohlbefinden). ILO (2020), Eurostat, 2020. Being young in Europe today – Health (Jungsein im heutigen Europa – Gesundheit) Statistics Explained. Abrufbar unter: https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Being_young_in_Europe_today_-health#Life_expectancy_and_mortality_rates. Abgerufen am 19.3.2021

⁷ Eurobarometer des Europäischen Parlaments, Uncertainty/EU/hope. Public opinion in times of COVID-19 (Ungewissheit/EU/Hoffnung. Die öffentliche Meinung in Zeiten von COVID-19), durchgeführt im Oktober 2020.

⁸ <https://op.europa.eu/de/publication-detail/-/publication/57e87ca0-900d-11ea-812f-01aa75ed71a1>

Die Kommission verfolgt die Lage des EU-Jugendarbeitssektors aufmerksam mithilfe spezieller Instrumente. Eines davon ist der COVID-19 Knowledge Hub, den sie 2020 in Partnerschaft mit dem Europarat eingerichtet hat. Eine vom Knowledge Hub durchgeführte Analyse ergab, dass 70 % der Organisationen nicht in der Lage waren, mehr als 20 % ihrer Tätigkeiten aufrechtzuerhalten, fast 60 % von ihnen ihre Arbeitsweise und Möglichkeiten der Digitalisierung überdenken mussten, und mehr als 85 % wegen der Pandemie eine oder mehrere Veranstaltungen absagen mussten. Die Auswirkungen auf die Jugendvertretung, etwa durch die erheblichen Einschränkungen des physischen Engagements, müssen noch genauer bewertet werden.

In einer Studie über die Jugendarbeit in der EU⁹ von 2021 wurden die Bedürfnisse von Jugendarbeiterinnen und Jugendarbeitern an der Basis und die bestehenden Politikansätze vor dem Hintergrund der Pandemie untersucht. Aus der Studie geht hervor, dass die derzeitige Situation den Bedarf an weiteren Ressourcen zum Ausgleich der zusätzlichen Kosten oder zum Schließen von Budgetlücken sowie die Notwendigkeit eines besseren Zugangs zu digitaler Infrastruktur und digitalen Materialien erhöht hat. Eine stärkere Nutzung des Potenzials digitaler Werkzeuge für die Jugendarbeit wäre hilfreich, um das Wissen junger Menschen über digitale Technologien und ihr Bewusstsein für die damit einhergehenden potenziellen Risiken zu steigern.

4. Fortschritte bei der Verwirklichung der allgemeinen Ziele

Der Ansatz, den die Kommission verfolgt, um die Ziele der EU-Jugendstrategie zu verwirklichen, spiegelt den wachsenden Wunsch junger Menschen wider, sich einzubringen und zu helfen, unsere Gesellschaft inklusiver, widerstandsfähiger, grüner und digitaler zu machen. Junge Menschen sind bestrebt, sich in ganz Europa und darüber hinaus zu vernetzen, sich auszutauschen und zusammenzuarbeiten. Jungen Menschen und dem Jugendsektor Sicherheit zu geben, steht im Mittelpunkt der Umsetzung der Strategie.

Die Jahre 2020 und 2021 waren im Hinblick auf internationalen Jugendaustausch und grenzüberschreitende Freiwilligentätigkeiten untypisch, da die Pandemie die Durchführung von Jugendmobilitätsprojekten stark beeinträchtigt hat. Der Umgang mit den Auswirkungen der Pandemie auf Kinder und Jugendliche steht daher seit dem Ausbruch des Virus ganz oben auf der Agenda der Kommission. Im vergangenen Jahr hat die Kommission Instrumente wie Erasmus+ und das Europäische Solidaritätskorps angepasst, um angesichts der Beeinträchtigungen alternative, insbesondere digitale, Lösungen für die Aktivitäten anzubieten.

Auch die Umsetzung der EU-Jugendstrategie ist in den Jahren 2020 und 2021 stark durch die Pandemie beeinträchtigt worden. Einige Maßnahmen aus dem EU-Arbeitsplan für die Jugend 2019–2021 mussten verändert, verschoben oder sogar gestrichen werden. Jugendmobilitätsprojekte wurden durch die Pandemie erheblich gestört.

Verbesserung des gleichberechtigten Zugangs junger Menschen zu Möglichkeiten – allgemeine und berufliche Bildung, Lernen, Beschäftigungsaussichten

⁹ <https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/5a8beedc-f0e1-11eb-a71c-01aa75ed71a1>

Die Union hat in den letzten drei Jahren durch Finanzierungsprogramme zur Unterstützung der politischen Prioritäten zahlreiche Maßnahmen für und mit junge(n) Menschen entwickelt, deren allgemeines Ziel es ist, den gleichberechtigten Zugang junger Menschen zu Möglichkeiten zu verbessern. „**Chancen für junge Menschen schaffen**“ war auch das gemeinsame Thema des Dreivorsitzes des Rates der Europäischen Union **Rumänien/Finnland/Kroatien** von Januar 2019 bis Juni 2020.

Erasmus+ und das **Europäische Solidaritätskorps** fördern Lernmobilität, Freiwilligentätigkeit und demokratisches Engagement und bieten jungen Menschen wertvolle Möglichkeiten, ihre Perspektive zu erweitern, neue Kompetenzen zu entwickeln und ihr Gefühl der Zugehörigkeit zur EU zu stärken. Mit einer Mittelaufstockung gegenüber dem Zeitraum 2014–2020 und neuen gezielten Maßnahmen sind die neuen Programme für den Zeitraum 2021–2027 wirkungsvolle Instrumente zur Bewältigung vieler Herausforderungen, vor denen unsere jüngere Generation steht. Auf der Grundlage der Erfahrungen aus dem vorherigen Programm ist Erasmus + 2021–2027 inklusiver und zugänglicher geworden, während es weiterhin das lebenslange Lernen und innovative allgemeine und berufliche Bildung in Europa und der Welt fördert.

Angesichts der Pandemie ist es wichtiger denn je, strukturelle Hindernisse für das Lernen und die Kompetenzentwicklung abzubauen, die sich auf die Beschäftigungsaussichten und die gesellschaftliche Teilhabe junger Menschen auswirken. Die Mitteilung der Kommission über die **Vollendung des europäischen Bildungsraums** bis 2025¹⁰ zielt darauf ab, die Qualität und Inklusivität der nationalen Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung weiter zu verbessern und Hindernisse für das grenzüberschreitende Lernen zu beseitigen. Gemäß der Mitteilung über einen **neuen Europäischen Forschungsraum**¹¹ sollen die Beschäftigungsfähigkeit und die Wirksamkeit der Arbeit von Forschenden durch Weiterbildung und Umschulung sichergestellt werden. Auf Grundlage der Initiative Europäische Hochschulen, die durch Erasmus+ unterstützt und durch Horizont 2020 Europa ergänzt wird, werden Synergien zwischen Hochschulbildung und Forschung gefördert. Die Kommission arbeitet außerdem gemeinsam mit Interessenträgern und Mitgliedstaaten an einer **Europäischen Hochschulstrategie**¹², die unter anderem auf die Unterstützung junger Fachkräfte abzielen wird. Derzeit bereitet die Kommission eine **Empfehlung des Rates** über ein **europäisches Konzept für Microcredentials** vor, damit Kurzlehrgänge von formalen und nichtformalen Bildungsanbietern stärker genutzt und anerkannt werden.

Der beschlossene neue **Aktionsplan für digitale Bildung**¹³ unterstützt die Einführung digitaler Technologien, die in der allgemeinen und beruflichen Bildung benötigt werden, sowie die Vermittlung digitaler Kompetenzen an alle Bürger/innen. Die Kommission hat im August 2021 eine Empfehlung des **Rates zum Blended Learning** vorgeschlagen, um die Schulen und Lernenden angesichts des pandemiebedingten digitalen Wandels unter anderem

¹⁰ https://ec.europa.eu/education/education-in-the-eu/european-education-area_de

¹¹ https://ec.europa.eu/info/research-and-innovation/strategy/strategy-2020-2024/our-digital-future/era_de

¹² Vorläufige Bezeichnung.

¹³ https://ec.europa.eu/education/education-in-the-eu/digital-education-action-plan_de

durch zusätzliche Lernmöglichkeiten und gezielte Unterstützung für Lernende mit Lernschwierigkeiten besser zu unterstützen.¹⁴



Bild: Vollendung des Europäischen Bildungsräums

Einen Beitrag zur Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit junger Menschen zu leisten und das Jugendziel „**Gute Arbeit für alle**“ zu unterstützen, war eine hohe Priorität. In den **Schlussfolgerungen des Rates zum Thema „Junge Menschen und die Zukunft der Arbeit“¹⁵** werden angesichts der prekären Arbeitsbedingungen junger Menschen unter anderem folgende Abhilfemaßnahmen genannt: auf Bedürfnisse eingehende Systeme der sozialen Sicherheit und der allgemeinen und beruflichen Bildung, Förderung des lebenslangen Lernens, Sicherstellung eines reibungslosen Übergangs von der Ausbildung zur Beschäftigung und innerhalb des Arbeitsmarktes sowie gleichberechtigter Zugang zu hochwertigen Arbeitsplätzen für alle jungen Menschen

Im Einklang mit den Erfordernissen der Erholung werden mit der **Europäischen Kompetenzagenda¹⁶** Weiterbildung und Umschulung gefördert. Für eine bessere Erholung von dem durch die Pandemie ausgelösten neuerlichen Konjunkturabschwung und den erheblichen Auswirkungen auf junge Menschen hat die Kommission im Jahr 2020 ein Paket zur **Förderung der Jugendbeschäftigung¹⁷** beschlossen. Es trägt den Titel „Förderung der Jugendbeschäftigung: eine Brücke ins Arbeitsleben für die nächste Generation“ und beruht auf vier Säulen: einer gestärkten Jugendgarantie¹⁸, einem zukunftsfähigen Ansatz für berufliche Aus- und Weiterbildung, einer erneuerten Europäischen Ausbildungsallianz und zusätzlichen Elementen zur Unterstützung der Jugendbeschäftigung. Mit der gestärkten

¹⁴ Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zum Blended Learning für eine hochwertige und inklusive Primar- und Sekundarschulbildung, [COM\(2021\) 455 final](#).

¹⁵ ABl. C 189 vom 5.6.2019, S. 28.

¹⁶ <https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1223&langId=de>

¹⁷ <https://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=22829&langId=de>

¹⁸ <https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1079&langId=de>

Jugendgarantie soll sichergestellt werden, dass alle jungen Menschen unter 30 Jahren ein hochwertiges Angebot für eine Beschäftigung, eine Weiterbildungsmaßnahme, eine Lehrstelle, einen Ausbildungsplatz oder ein Praktikum erhalten, und zwar innerhalb von vier Monaten, nachdem sie arbeitslos geworden sind oder ihre Bildung bzw. Ausbildung abgeschlossen haben.

Der neue **Europäische Sozialfonds Plus** bleibt wichtig für Investitionen in Menschen, einschließlich Investitionen zur Förderung der Jugendbeschäftigung. Darüber hinaus werden aus dem Fonds Maßnahmen zur Förderung der Bildung und der sozialen Inklusion junger Menschen gefördert, wobei der Schwerpunkt auf gefährdeten oder benachteiligten Personen liegt.

Bis Ende 2021 wird die Kommission eine Bewertung der **Empfehlung des Rates zu einem Qualitätsrahmen für Praktika** von 2014 einleiten, in der die EU-Länder aufgefordert werden, die Qualität von Praktika, insbesondere in Bezug auf Lerninhalte und Arbeitsbedingungen, zu verbessern, um den Übergang ins Berufsleben zu erleichtern.

Es folgt ein Überblick über die wichtigsten Maßnahmen der Union in der ersten Phase der EU-Jugendstrategie, gegliedert nach den drei Säulen.

Beteiligung

Stärkung der demokratischen Teilhabe junger Menschen

Die Stärkung der demokratischen Beteiligung junger Menschen und die Schaffung eigener Jugendbereiche in allen Teilen der Gesellschaft sind auch von entscheidender Bedeutung für die Aufrechterhaltung einer lebendigen Zivilgesellschaft in Europa. Der Dreivorsitz des Rates der Europäischen Union Deutschland/Portugal/Slowenien (Juli 2020 bis Dezember 2021) hat im Zusammenhang mit dem Europäischen Jugendziel Nr. 9 „Räume und Beteiligung für alle“ das gemeinsame Thema „**Europe for YOUTH – YOUTH for Europe: Raum für Demokratie und Beteiligung**“ gewählt. Dies ist auch der Titel des achten Zyklus des EU-Jugenddialogs.

Die Schlussfolgerungen des Rates zur Förderung des Demokratiebewusstseins und des demokratischen Engagements junger Menschen in Europa¹⁹ spiegeln die Ideen und Meinungen wider, die im Oktober 2020 auf der EU-Jugendkonferenz gesammelt wurden. Auf der Veranstaltung diskutierten junge Menschen aus ganz Europa mit führenden Politikerinnen und Politikern über verschiedene Themen und entwickelten konkrete Forderungen zur Umsetzung des Europäischen Jugendziels Nr. 9 „Räume und Beteiligung für alle“.

Mit seinen Schlussfolgerungen zur Stärkung der Mehrebenen-Governance setzt sich der Rat für die Teilhabe junger Menschen an politischen und anderen Entscheidungsprozessen auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene ein.²⁰ Er fordert die Mitgliedstaaten zur Befähigung junger Menschen durch allgemeine und berufliche Bildung, jugendgerechte Information, Rückmeldung, nichtformales und informelles Lernen und Jugendarbeit auf. Die Kommission wird dazu aufgefordert, Peer-Learning-Aktivitäten zu organisieren (im Juni 2021 fand eine Aktivität zu einem rechtebasierten jugendpolitischen Ansatz statt) und Wissen und

¹⁹ ABl. C 415 vom 1.12.2020, S. 16.

²⁰ ABl. C 241 vom 21.6.2021, S. 3, <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-8711-2020-INIT/de/pdf>.

Kapazitäten in Bezug auf die Teilhabe junger Menschen an Entscheidungsprozessen auf mehreren Ebenen aufzubauen.

Auf Initiative des rumänischen Ratsvorsitzes wurden in einer Entschließung des Rates von 2019 neue Leitlinien für die Steuerung des **EU-Jugenddialogs**²¹ festgelegt. Es wurde eine Methodik entwickelt, nach der die Arbeitsgruppen ihre lokalen, nationalen und europäischen Dialoge gestalten sollen. Die Einbindung von Forschenden in den Zyklus (zur Unterstützung der Vorbereitung von Konsultationsinstrumenten oder zur Analyse der Jugendbeiträge) war von großem Nutzen für die Verbesserung der Qualität dieser Prozesse und könnte sich als ein wesentlicher Faktor für die Verbesserung der Kontaktaufnahme nach COVID-19 erweisen.

Mehr als 56 000 junge Menschen aus ganz Europa nahmen am siebten Zyklus des Jugenddialogs mit dem Titel „Chancen für junge Menschen schaffen“ teil, der auf den Erfolgen des Vorläuferdialogs, insbesondere dem Beschluss der EU-Jugendstrategie und der Europäischen Jugendzielen, aufbaute. In der Entschließung des Rates zu den Ergebnissen des siebten Zyklus im Rahmen des EU-Jugenddialogs²² von Mai 2020 werden die wichtigsten Empfehlungen aus diesem Zyklus dargelegt.

Das überarbeitete **Europäische Jugendportal der Kommission**, das 2020 freigeschaltet wurde, enthält einen eigenen Bereich zum Verfahren des EU-Jugenddialogs. Das Portal dient der Veröffentlichung von Online-Konsultationen, wie der **Umfrage des achten Zyklus des EU-Jugenddialogs**. Das Ziel dieser im Frühjahr 2021 gestarteten Umfrage ist das Verständnis der Ansichten junger Menschen zum Thema „Räume und Beteiligung für alle“.²³ Mehr als zwei Drittel der 8500 Befragten sind der Meinung, dass sie keinen oder nur geringen Einfluss auf die Politik und die politische Entscheidungsfindung haben, und halten es für notwendig, dass mehr Räume für Beteiligung und politische Bildung geschaffen werden. Im letzten Quartal 2021 beginnt außerdem eine Umfrage des **Flash Eurobarometers** über die Beteiligung junger Menschen am gesellschaftlichen und bürgerschaftlichen Leben und ihre Ideen zur Zukunft Europas.

Die Union fördert aktiv die **Beteiligung junger Menschen an der Politikgestaltung weltweit** und baut dabei auf den Erfahrungen des EU-Jugenddialogs auf. Das Regionalbüro für Jugendzusammenarbeit beispielsweise ist eine gemeinsame Initiative der Regierungen der sechs EU-Beitrittskandidaten und potenziellen Kandidaten des Westbalkans, die darauf abzielt, durch Jugendaustausch und Zusammenarbeit innerhalb der Region Versöhnung und Verständnis unter den dortigen Jugendlichen zu fördern. Im Jahr 2021 veröffentlichte die Kommission zudem eine Aufforderung zur Einrichtung eines **Youth Sounding Boards** für internationale Partnerschaften, um einen Raum für eine sinnvolle Einbeziehung junger Menschen in die EU-Politik der internationalen Zusammenarbeit zu schaffen. Die ausgewählten 25 Mitglieder des Boards werden dazu beitragen, dass das Handeln der Union für junge Menschen in den EU-Partnerländern partizipativer, relevanter und wirksamer wird.

Förderung eines gerechten grünen Wandels

²¹ ABl. C 189 vom 5.6.2019, S. 1.

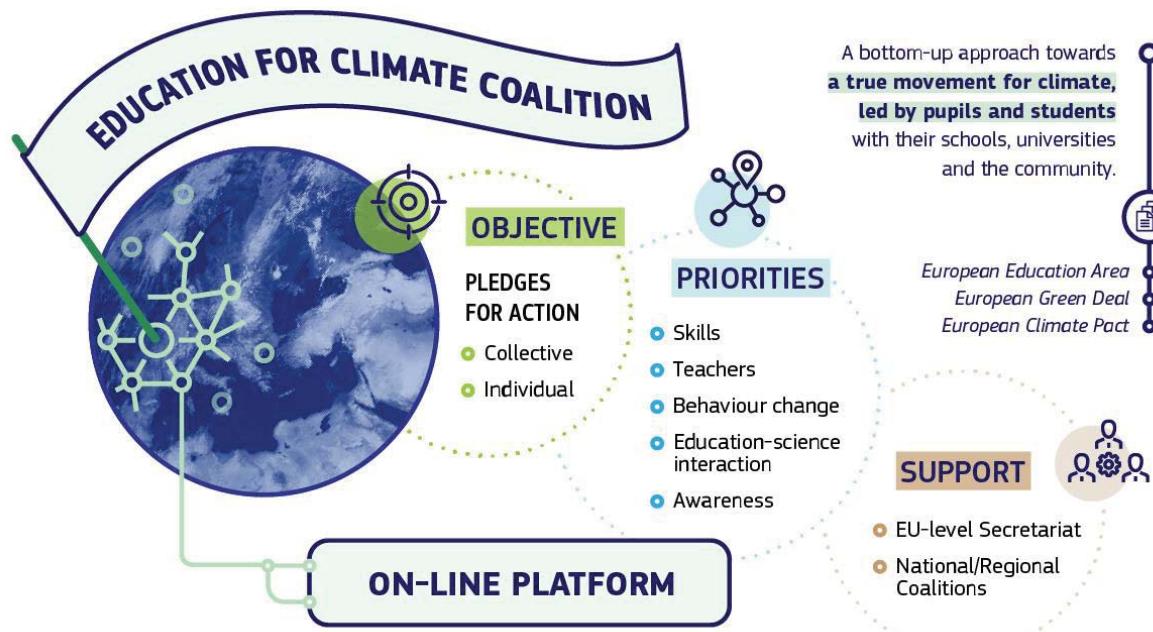
²² ABl. C 212 I vom 26.6.2020, S. 1.

²³ <https://ec.europa.eu/eusurvey/runner/EU-YOUTH-DIALOGUE-8TH-CYCLE>

Die EU-Jugendstrategie trägt zur Verwirklichung der Ziele des **europäischen Grünen Deals** bei, indem sie die Forderung nach einem inklusiven und gerechten Übergang unterstützt, einschließlich in den Bereichen, die für junge Europäer/innen am wichtigsten sind: beim Schutz der Umwelt und bei der Bekämpfung des Klimawandels. Seit 2019 zeigen junge Menschen durch ihre bürgerschaftliche Beteiligung und ihr Engagement, insbesondere im Rahmen der globalen Klimabewegung, dass sie der Bekämpfung des Klimawandels und der Umsetzung von Klimagerechtigkeit große Bedeutung beimessen.

Die grüne Dimension wurde zudem als übergeordnete Priorität in die neuen Programme von Erasmus+ und dem Europäischen Solidaritätskorps aufgenommen. Im Einklang mit dem europäischen Grünen Deal und als Reaktion auf die wachsende Besorgnis junger Bürger/innen über den sich verschlechternden Zustand von Klima und Umwelt ist die Kommission mit der Durchführung bzw. Vorbereitung einer Reihe von Initiativen befasst. Im Jahr 2020 wurde der **europäische Klimapakt** ins Leben gerufen. Er soll Menschen aus allen Lebensbereichen, einschließlich Jugendliche, miteinander vernetzen, um ihr Verständnis für die Herausforderungen des grünen Wandels zu verbessern, und er soll alle Europäerinnen und Europäer dazu aufzurufen, sich zu beteiligen und vom Pakt zu profitieren, große und kleine Lösungen zu entwickeln sowie positive Veränderungen anzustoßen und auszuweiten²⁴. Im Anschluss an den Beschluss der EU-Biodiversitätsstrategie für 2030 bereitet die Kommission derzeit eine **Empfehlung des Rates zur Förderung der Zusammenarbeit in der Bildung für ökologische Nachhaltigkeit** vor. Dies ist der erste Schritt, um die EU-Länder bei der Zusammenarbeit zu diesem Thema zu unterstützen. Im Vorfeld der Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens über die biologische Vielfalt wird eine spezielle Kampagne zum Jugendengagement im Bereich Natur und biologische Vielfalt durchgeführt. Im Rahmen der **Koalition für Klimabildung**, einer Bottom-up-Initiative für eine klimaneutrale Gesellschaft, die von Schülerinnen und Schülern und Studierenden gemeinsam mit ihren Schulen, Universitäten und Gemeinschaften geleitet wird, werden Zusagen für konkrete Maßnahmen getroffen.

²⁴ COM(2020) 788 final.



Begegnung

Mobilitätsaktivitäten sind durch die Pandemie stark beeinträchtigt

Der COVID-19-Ausbruch hatte erhebliche Auswirkungen auf viele Lernmobilitätserfahrungen im Rahmen von Erasmus+. Ein Viertel der damaligen Mobilitätsstudierenden musste die Auslandserfahrung abbrechen und nach Hause zurückkehren.²⁵ Die Zahl der Lernenden, die einen Auslandsaufenthalt²⁶ begannen, war 2020 halb so hoch wie 2019.

Angesichts der erheblichen Einschränkungen der physischen Mobilität und der anderen negativen Auswirkungen der Pandemie **hat die Kommission im vergangenen Jahr die an Erasmus+ und dem Europäischen Solidaritätskorps teilnehmenden Organisationen und Einzelpersonen unterstützt**. Die Kommission hat Abhilfemaßnahmen getroffen, z. B. die Möglichkeit geschaffen, geplante physische Aktivitäten durch virtuelle zu ersetzen, Aktivitäten in einem gemischten Modell durchzuführen oder Projekte zu verschieben, wobei die Sicherheit und der Schutz der Teilnehmenden die vorrangigen Ziele waren.

Die Kommission ist außerdem gezielt tätig geworden, um den Mitgliedstaaten zu helfen, Unterstützung für den Fernunterricht zu mobilisieren, d. h. insbesondere digitale Lösungen bereitzustellen. **Im August 2020 wurden im Rahmen von Erasmus+ zwei außerordentliche Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen veröffentlicht, um – unter anderem im Jugendsektor – die „Bereitschaft für digitale Bildung“ sowie „Kreativität“ zu unterstützen.** Jeweils 100 Mio. EUR werden für Kooperationsprojekte zur Verfügung gestellt, mit denen die durch COVID-19 entstandenen Herausforderungen im Bildungsbereich angegangen werden sollen.

²⁵ Umfrage des Erasmus Student Network, März 2020.

²⁶ Erasmus+-Daten über die Auslandsmobilität einer Dauer von mindestens einem Monat im Rahmen der Hochschulbildung oder der beruflichen Bildung.

Mobilitätsmöglichkeiten im Rahmen der Programme für den Zeitraum 2021–2027

Die für Erasmus+, das Europäische Solidaritätskorps und Horizont Europa vorgesehenen Programme für den Zeitraum 2021–2027 bieten jungen Menschen und jungen Forschenden zahlreiche Möglichkeiten, sich zu vernetzen und Austausch, Zusammenarbeit, kulturelle und bürgerschaftliche Tätigkeiten in einem europäischen Zusammenhang zu erleben.

Mit einem fast verdoppelten Budget bietet das neue **Erasmus+-Programm** verstärkte und neue Möglichkeiten für transnationale Lernmobilität und Zusammenarbeit in allen Bereichen der allgemeinen und beruflichen Bildung. Die kürzlich erfolgreich durchgeführte Pilotinitiative **DiscoverEU**, die es 18-Jährigen ermöglicht, durch Lernerfahrungen im Ausland Europa zu entdecken, wurde in das Erasmus+-Programm integriert. Die Teilnehmenden erhalten einen Travel-Pass, wodurch die Maßnahme gleichzeitig die Verbindung und den kulturellen Dialog zwischen jungen Menschen in ganz Europa unterstützt. Erasmus+ umfasst nun auch Aktivitäten zur Beteiligung junger Menschen, die ihnen außerhalb der formalen allgemeinen und beruflichen Bildung mehr Möglichkeiten bieten, eine aktive Rolle in bürgerschaftlichen und demokratischen Prozessen auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene zu übernehmen.

Das neue **Europäische Solidaritätskorps** ermöglicht es jungen Menschen, durch eine Freiwilligentätigkeit oder durch die Umsetzung eines eigenen Solidaritätsprojekts zur Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen beizutragen. Ab 2022 schließt dies auch weltweite Freiwilligentätigkeiten im Bereich der humanitären Hilfe ein.

Die Kommission bereitet derzeit eine **Überprüfung der Empfehlung des Rates über die Mobilität junger Freiwilliger innerhalb der Europäischen Union von 2008** vor, um Möglichkeiten für Mobilität und Freiwilligentätigkeit weiter zu unterstützen. Diese Überprüfung ist vor dem Hintergrund der Pandemie und der sich daraus ergebenden Prioritäten (Gesundheit und Sicherheit von Freiwilligen, Solidarität zwischen den Generationen) relevant und zeitgemäß und umfasst die Prüfung neuer Formen der Freiwilligentätigkeit, einschließlich digitaler oder gemischter Modelle. Die Beseitigung von Hindernissen für die grenzüberschreitende Mobilität, auch rechtlicher oder administrativer Art, wurde als ein Schwerpunkt der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten im Kernbereich Begegnung festgelegt. Bei der Überarbeitung der Empfehlung des Rates stützt sich die Kommission auf die Ergebnisse einer Expertengruppe, einer speziellen Studie, einer Bewertung und einer öffentlichen Konsultation im Zeitraum 2019–2021.

Befähigung

Förderung der sozialen Inklusion und der Erholung

Für mehrere EU-Instrumente wurde ein **inklusiver Ansatz** entwickelt, mit speziellen Maßnahmen für benachteiligte Kinder und Jugendliche (Beispiele sind die **EU-Kinderrechtsstrategie**, die **Initiative der Garantie für Kinder**, **Erasmus+**, das **Europäische Solidaritätskorps** und der **Europäische Sozialfonds Plus**) oder Maßnahmen zur **Inklusion junger Migrantinnen und Migranten und Flüchtlinge**. Die Kommission bereitet derzeit eine **Empfehlung des Rates über Wege zum schulischen Erfolg** mit einem Schwerpunkt auf benachteiligten Lernenden vor.

Mit der im März 2021 beschlossenen **EU-Kinderrechtsstrategie**²⁷ werden die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf Kinder anerkannt und gezielte Maßnahmen zur Förderung und zum Schutz der Kinderrechte getroffen. Die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen am politischen und demokratischen Leben in der EU ist eine der sechs thematischen Prioritäten der Strategie, der die Ansichten von mehr als 10 000 Kindern im Alter von 11 bis 18 Jahren zugrunde liegen.²⁸

In den unter kroatischem Ratsvorsitz angenommenen **Schlussfolgerungen „Mehr Chancen für junge Menschen in ländlichen und abgelegenen Gebieten“**²⁹ zur Unterstützung des Jugendziels „Jugend im ländlichen Raum voranbringen“ regt der Rat den Austausch bewährter Verfahren an, was die Nutzung der Möglichkeiten angeht, die die Programme und Maßnahmen im Jugendbereich bieten, um die Beschäftigungsfähigkeit, Mobilität und Teilhabe junger Menschen zu verbessern. Er spricht sich für Ansätze aus, die darauf abzielen, Ungleichheiten zwischen städtischen und ländlichen/abgelegenen Gebieten zu verringern.

Die beiden **Investitionsinitiativen zur Bewältigung der Coronavirus-Krise** (CRII und CRII+) haben es den Mitgliedstaaten ermöglicht, die verfügbaren Mittel aus den Fonds der EU-Kohäsionspolitik zu mobilisieren und für Maßnahmen zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie, einschließlich ihrer Auswirkungen auf junge Menschen, zu verwenden. Diese EU-Förderung wurde durch **REACT-EU** (die Aufbauhilfe für den Zusammenhalt und die Gebiete Europas) in Höhe von 50,6 Mrd. EUR ergänzt. Dieses Paket stellt eine Fortsetzung und Ausweitung der Krisenreaktions- und Krisenbewältigungsmaßnahmen dar und schlägt eine Brücke zur langfristigen grünen, digitalen und stabilen Erholung der Wirtschaft. Die Mitgliedstaaten werden diese zusätzlichen Mittel nutzen, um junge Menschen beim Zugang zu Beschäftigung, hochwertiger allgemeiner und beruflicher Bildung und sozialen Diensten zu unterstützen.

Gute Jugendarbeit für alle

Die Europäische Jugendstrategie hat ein klares Signal gesendet, dass für die Jugendarbeit Investitionen, Anerkennung und ein geeigneter Rahmen erforderlich sind. Der finnische Ratsvorsitz widmete der Unterstützung und dem Ausbau der Jugendarbeit zwei Schlussfolgerungspakete. In den **Schlussfolgerungen des Rates zur digitalen Jugendarbeit**³⁰ werden die Mitgliedstaaten und die Kommission aufgefordert, den Austausch bewährter Verfahren zu fördern, EU-Finanzierungsinstrumente, Peer-Learning-Aktivitäten und Forschung zu fördern und zu nutzen und die digitalen Kompetenzen durch nichtformales Lernen und nichtformale Ausbildung zu verbessern. In den **Schlussfolgerungen des Rates zur Aus- und Weiterbildung von Jugendbetreuerinnen und -betreuern**³¹ werden die Mitgliedstaaten und die Kommission aufgefordert, weitere Forschungsarbeiten durchzuführen, die Anerkennung des nichtformalen Lernens in der Jugendarbeit zu fördern

²⁷ COM(2021) 142 final.

²⁸ [Webseite zur EU-Kinderrechtsstrategie und zur Europäischen Kindergarantie | Europäische Kommission \(europa.eu\)](https://ec.europa.eu/eropa_en) (in englischer Sprache).

²⁹ ABl. C 193 vom 9.6.2020, S. 3.

³⁰ ABl. C 414 vom 10.12.2019, S. 2.

³¹ ABl. C 412 vom 9.12.2019, S. 12.

und die Optionen für die Weiterentwicklung der Aus- und Weiterbildung von Jugendbetreuerinnen und -betreuern zu prüfen.

Die **Europäische Jugendarbeitsagenda** war eine der obersten Prioritäten des deutschen Ratsvorsitzes. Das Ergebnis war eine Entschließung des Rates, gefolgt von der dritten Youth Work Convention in Bonn. In der **Entschließung des Rates**³² werden die Mitgliedstaaten und die Kommission aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um die Jugendarbeit in bestehende und zukünftige jugendpolitische Strategien zu integrieren, die Rolle und die Bedürfnisse der Community der Jugendarbeit anzuerkennen und mit der Unterstützung aus Erasmus+ und dem Europäischen Solidaritätskorps Weiterbildungsmöglichkeiten, Instrumente, Anwendungen und Mechanismen zu entwickeln. Der **Bonn-Prozess** zielt darauf ab, das Engagement der verschiedenen Akteure in der Community of Practice der Jugendarbeit aufeinander abzustimmen und so die Jugendarbeit innerhalb Europas zu stärken und weiterzuentwickeln.

Die Jugendarbeit wird weiter im Rahmen von Erasmus+ und dem Europäischen Solidaritätskorps unterstützt, insbesondere durch **Transnational Cooperation Activities und Vernetzungsmaßnahmen zwischen den nationalen Agenturen**, die zur strategischen Wirkung der Programme beitragen und die Verbesserung der Qualität der Jugendarbeit auf nationaler und europäischer Ebene fördern.

Förderung einer gesunden und aktiven Lebensweise

Die Kommission unterstützt die Mitgliedstaaten und Interessenträger bei der Verbesserung der Gesundheitskompetenz und der Förderung einer gesunden und aktiven Lebensweise in jungen Jahren, um einen Beitrag zur Reduzierung nicht übertragbarer Krankheiten (wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Krebs, Diabetes und Adipositas) in späteren Lebensphasen zu leisten. Zu den EU-Maßnahmen, die speziell auf die Gesundheit von Jugendlichen und Kindern ausgerichtet sind, zählen Europas Plan gegen den Krebs und die gemeinsame Maßnahme für Gleichheit im Gesundheitswesen (**Joint Action on Health Equity Europe**), die die Bemühungen der Mitgliedstaaten zur Beseitigung von Ungleichheiten im Gesundheitswesen und sozialen Determinanten vereint. Die im Jahr 2021 angelaufene Kampagne **HealthyLifestyle4All** verknüpft Sport und eine aktive Lebensweise mit Gesundheits-, Ernährungs- und weiteren Maßnahmen. Im Zentrum dieser Initiative steht eine spezielle Plattform, auf der die von den verschiedenen Interessenträgern eingegangenen Verpflichtungen (Zusagen) vorgestellt werden.

Im Rahmen der **gemeinsamen Maßnahme für psychische Gesundheit (ImpleMENTAL)** werden ein mehrere Ebenen umfassendes nationales Suizidpräventionsprogramm und eine Systemreform zur Stärkung gemeindenaher Dienste mit einem besonderen Schwerpunkt auf Diensten für Kinder und Jugendliche umgesetzt. Um die Bemühungen der Interessenträger zu unterstützen, hat die Kommission innerhalb der EU-Plattform für Gesundheitspolitik³³ eine Gruppe zur Unterstützung der psychischen Gesundheit angesichts COVID-19 eingerichtet und

³² ABl. C 415 vom 1.12.2020, S. 1.

³³ [EU-Plattform für Gesundheitspolitik \(europa.eu\)](http://EU-Plattform für Gesundheitspolitik (europa.eu)).

im Mai 2021 eine Konferenz³⁴ auf hoher Ebene über die Auswirkungen der Pandemie auf die psychische Gesundheit veranstaltet.

5. Hauptinstrumente zur Unterstützung der Zusammenarbeit und des Voneinander-Lernens

Die EU-Jugendstrategie hat die Entwicklung einschlägiger Instrumente ermöglicht, die einer verstärkten Zusammenarbeit und einem intensiveren Meinungsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten den Boden bereiten.

Unterstützung einer empirischen Politikgestaltung

Die europäischen Instrumente für den Wissensaufbau sind zu einem wesentlichen Faktor für eine bessere Gestaltung der Jugendpolitik geworden. Die **Jugendpartnerschaft zwischen der Europäischen Union und dem Europarat** war neben der Durchführung von Forschungsarbeiten zu den Themen Teilhabe, Inklusion und Jugendarbeit auch im Bereich der Auswirkungen von COVID-19 auf junge Menschen und den Jugendsektor tätig, namentlich durch die Einrichtung des [Knowledge Hub](#).

Die Online-Plattform [Youth Wiki](#) bietet einen umfassenden Überblick über die nationale Jugendpolitik in 32 europäischen Ländern mit einem eigenen Kapitel zur Jugendarbeit und vergleichenden Karten.

Die **Übersichtstafel der EU-Indikatoren für die Jugend** wurde für den Zeitraum 2019–2021 von einer speziellen Expertengruppe überprüft, die auch Vorschläge für neue quantitative und qualitative Politikindikatoren vorlegte.³⁵ Die Übersichtstafel sollte nun in der Praxis genutzt werden, insbesondere im Hinblick auf eine bessere Überwachung der EU-Jugendförderung.

Initiativen des Voneinander-Lernens

Die Mitgliedstaaten haben offensichtlich großes Interesse an **Initiativen des Voneinander-Lernens**, wie die entsprechend hohen Teilnehmerzahlen im Berichtszeitraum zeigen. Dieses gestiegene Interesse macht deutlich, wie nützlich der Austausch bewährter Verfahren und die Verständigung sind. Durch Expertengruppen und Peer-Learning-Aktivitäten konnte ein Konsens über die Lösungen und ihre praktische Umsetzung gefunden werden. Die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten wurde gestärkt und es konnten Themen von gemeinsamem Interesse behandelt werden.

Im Rahmen des Austausches in der **Expertengruppe zur Mobilität junger Freiwilliger** wurde ein Vorschlag für eine Überarbeitung der Empfehlung über die Mobilität junger Freiwilliger ausgearbeitet. Die **Expertengruppe zu Indikatoren** legte Vorschläge zur Überarbeitung der Übersichtstafel vor, damit die Situation junger Menschen besser erfasst werden kann. Im letzten Quartal 2021 wird im Rahmen der Umsetzung der

³⁴ [Mental health and the pandemic: living, caring, acting! | Gesundheitswesen \(europa.eu\)](#).

³⁵ [Proposal for an updated dashboard of EU youth indicators \(Vorschlag für eine überarbeitete Übersichtstafel der EU-Indikatoren für die Jugend\) – Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union \(europa.eu\)](#).

Jugendarbeitsagenda eine **Expertengruppe zum Thema Jugendarbeit** ihre Arbeit aufnehmen.

Mitte 2021 wurden erstmals Peer-Learning-Aktivitäten im Bereich der Jugendpolitik organisiert. Bei einer **Peer-Learning-Aktivität zu allgemeinbildenden Qualifikationen für die Jugendarbeit**, die im Juni 2021 auf Initiative Frankreichs stattfand, lag der Fokus auf der Anerkennung der Kompetenzen und Qualifikationen von Jugendarbeiterinnen und Jugendarbeitern, wodurch der grenzüberschreitende Austausch und die Mobilität erleichtert werden sollen. Die Mitgliedstaaten waren sich darin einig, dass der Austausch in der Jugendarbeit und sowohl der formale als auch der nichtformale Bildungsansatz zur Vermittlung und Anerkennung von allgemeinbildenden Qualifikationen für Jugendarbeiter/innen weiter unterstützt werden müssen.

Außerdem fand auf Initiative des portugiesischen Vorsitzes im Juni 2021 eine **Peer-Learning-Aktivität zum rechtebasierten Ansatz in der Jugendpolitik** statt. In den Diskussionen wurde die Notwendigkeit hervorgehoben, in den verschiedenen Politikbereichen die Jugenddimension zu berücksichtigen, die Nutzung digitaler Technologien zu steigern, den rechtebasierten Ansatz zu fördern und junge Menschen und andere Interessenträger einzubinden. Bis Ende 2021 soll auf Initiative Estlands eine **Peer-Learning-Aktivität zur Mobilität im Rahmen der Freiwilligentätigkeit** stattfinden, um die laufende Überprüfung der Empfehlung des Rates über die Mobilität junger Freiwilliger sowie die Einrichtung nationaler bürgerschaftlicher Systeme zu besprechen.

Planungsinstrument für künftige Maßnahmen

Das 2019 eingeführte **Planungsinstrument für künftige Maßnahmen** ermöglicht es den Mitgliedstaaten, sich auf freiwilliger Basis über ihre Prioritäten im Einklang mit der EU-Jugendstrategie auszutauschen. In diesem Rahmen hat die Kommission die Mitgliedstaaten 2019 und 2021 befragt, um Informationen über ihre jugendpolitischen Prioritäten bezüglich der Umsetzung der europäischen Jugendziele und über den Kooperationsbedarf im Einklang mit der EU-Jugendstrategie zu sammeln. **2019 teilten 21 Mitgliedstaaten ihre Pläne mit³⁶ und 2021 legten 18 Mitgliedstaaten entsprechende Aktualisierungen vor³⁷.**

Dies hat zu mehr Transparenz in Bezug auf die nationalen Prioritäten im Jugendbereich und zur Ermittlung gemeinsamer Erfordernisse beigetragen. Es wird empfohlen, diese Befragungen mindestens einmal in jedem Dreiviertel-Zyklus durchzuführen und den Ländern die Möglichkeit zu geben, ihre Planungen bei Bedarf zu aktualisieren.

Im Planungsinstrument für künftige Maßnahmen 2019 waren die drei wesentlichen gemeinsamen jugendpolitischen Herausforderungen, die von den antwortenden Ländern genannt wurden: 1) die Notwendigkeit, die Beteiligung junger Menschen zu erhöhen, 2) der Zugang zu hochwertiger Bildung und beruflicher Weiterbildung und 3) die Entwicklung von digitalen Kompetenzen und Medienkompetenz.

In den Antworten von 2021 liegt ein deutlicher Schwerpunkt auf den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf junge Menschen. Zwei Drittel der Länder betrachten die

³⁶ <https://ec.europa.eu/eusurvey/runner/FNAP>

³⁷ <https://ec.europa.eu/eusurvey/runner/FNAPSurvey2021>

psychische Gesundheit junger Menschen als die größte Herausforderung. Einen hohen Stellenwert haben auch weiterhin die Hindernisse in Bezug auf **die berufliche Weiterentwicklung und die Jugendarbeitslosigkeit**. Außerdem gaben die Mitgliedstaaten an, dass **die Beschäftigungsfähigkeit und der Erwerb von Kompetenzen** mehr Aufmerksamkeit erfordern, insbesondere im Hinblick auf Personen, die geringere Möglichkeiten haben oder in sozial ausgegrenzten Gebieten leben.

- **Beteiligung**

Die Prioritäten für die europäische Zusammenarbeit, die 2021 (wie schon 2019) aus dem Planungsinstrument für künftige Maßnahmen hervorgehen, sind die Förderung des **EU-Jugenddialogs**, damit verschiedene Stimmen junger Menschen beim Entscheidungsprozess einbezogen werden, gefolgt von der Notwendigkeit, eine **inklusive demokratische Teilhabe** an der Gesellschaft und am demokratischen Prozess zu fördern, sowie die Entwicklung von **Möglichkeiten des „Erwerbs von Partizipationskompetenz“**.

Als bevorzugtes Instrument der Zusammenarbeit in diesem Bereich nannten die Mitgliedstaaten **Transnational Cooperation Activities**³⁸ im Rahmen des Erasmus+-Programms, gefolgt von **Expertengruppen** und **Peer-Learning**. Die Zusammenarbeit zwischen dem Dreiviertelsvorsitz des Rates, der Kommission und dem Europäischen Jugendforum im Rahmen des achten Zyklus des EU-Jugenddialogs wurde in den Planungen als Beispiel für bewährte Verfahren dargestellt.

- **Begegnung**

In diesem Bereich stellten die Mitgliedstaaten in ihren Planungen zwei Hauptthemen für die künftige Zusammenarbeit heraus: 1) **grenzübergreifende Möglichkeiten der Mobilität und Freiwilligentätigkeit** für alle jungen Menschen sowie für Jugendarbeiterinnen und -arbeiter zugänglich zu machen, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf junge Menschen mit weniger Möglichkeiten gelegt werden soll, und 2) bewährte Verfahren auszutauschen und weiter an wirksamen Systemen zur **Validierung und Anerkennung von Kompetenzen** zu arbeiten, die durch nichtformales und informelles Lernen erworben wurden.

2021 nannten 60 % der antwortenden Mitgliedstaaten TCA im Rahmen des Erasmus+-Programms als das bevorzugte Instrument der Zusammenarbeit.

- **Befähigung**

Zwei Drittel der Antworten aus dem Planungsinstrument für künftige Maßnahmen 2021 bestätigen, dass **gute Jugendarbeit** das wichtigste Thema für die Zusammenarbeit ist, gefolgt von der Notwendigkeit, die **Europäische Jugendarbeitsagenda** umzusetzen. Das bevorzugte Instrument in diesem Kernbereich ist **Peer-Learning mit Schwerpunkt Politikentwicklung**, das von über der Hälfte der Befragten ausgewählt wurde.

Dialog mit den Interessenträgern

Im Jahr 2019 wurde die **Plattform der EU-Jugendstrategie** eingerichtet, um die partizipative Governance und die Koordinierung der Umsetzung der Strategie sowohl im

³⁸ Transnational Cooperation Activities (TCA) umfassen verschiedene Veranstaltungen, die es den nationalen Agenturen des Erasmus+-Programms ermöglichen, europaweit zusammenzuarbeiten und bewährte Verfahren auszutauschen, und die darauf abzielen, die Qualität und Wirkung des Programms auf systemischer Ebene zu verbessern.

realen als auch im virtuellen Umfeld zu erleichtern. Die Plattform bringt Vertreterinnen und Vertreter der EU-Organe, der Mitgliedstaaten, der nationalen Agenturen des Erasmus+-Programms und des Europäischen Solidaritätskorps sowie von Jugendorganisationen, lokalen und regionalen Behörden und anderen Interessenträgern zusammen. Sie bildet die Grundlage für einen regelmäßigen gesellschaftlichen Dialog, verleiht den Interessenträgern eine größere Rolle bei der Koordinierung der Umsetzung der Strategie und bietet Möglichkeiten für den Austausch von Informationen über Maßnahmen und Ergebnisse. Die Kommission hat diese Plattform während der Pandemie mobilisiert, um den Interessenträgern den Austausch von Informationen und Nachweisen zu den Auswirkungen der Pandemie auf den Jugendsektor zu ermöglichen.

Im Juni 2021 wurde die erste **EU-Jugendkoordinatorin** ernannt. Sie soll mit jungen Menschen und Jugendorganisationen in Kontakt treten und ihren Anliegen Gehör schenken. Außerdem wird mit der Stelle das Ziel verfolgt, intern die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Bereichen der EU-Politik zu verstärken, die Auswirkungen auf die Jugend haben, und darauf hinzuwirken, dass die Jugendperspektive bei einschlägigen EU-Maßnahmen berücksichtigt wird.

Monitoring der Jugendförderung: EU-Programme und EU-Fördermittel

Zur Transparenz der EU-Maßnahmen, die von der Strategie unterstützt wird, gehört das **Monitoring der EU-Förderungen im Jugendbereich**. In der zugehörigen Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen über die Umsetzung der EU-Jugendstrategie wird zum einen über die Maßnahmen berichtet, die 2019/2020 im Rahmen des vorherigen mehrjährigen Finanzrahmens durchgeführt wurden; zum anderen werden die Möglichkeiten der Jugendförderung vorgestellt, die im Rahmen des neuen mehrjährigen Finanzrahmens 2021–2027 in Verbindung mit dem befristeten Aufbauinstrument NextGenerationEU bestehen. Fördermöglichkeiten in diesem Rahmen sind das neue Programm von **Erasmus+** mit einem verdoppelten Budget, das noch mehr Finanzierungsmöglichkeiten im Jugendbereich bietet, das **Europäische Solidaritätskorps**, die **Beschäftigungsinitiative für junge Menschen**, der **Europäische Sozialfonds Plus** und **Horizont Europa**.

Vermitteln der EU-Jugendstrategie

Im Jahr 2019 wurden Kommunikationsmaterialien in mehreren Sprachen entwickelt, um die Strategie zu vermitteln, insbesondere im Internet und über die sozialen Medien.

Das **Europäische Jugendportal**³⁹, das mehrsprachige Referenzportal, das als zentrale Anlaufstelle für junge Menschen in Europa dient, umfasst nun ein breites Informationsangebot zur EU-Jugendstrategie. Mithilfe des Netzwerks von **Eurodesk** und **Eurodesk Brussels Link** bietet das Portal Jugendlichen unter anderem Informationen über Mobilitäts- und Austauschprojekte sowie über Möglichkeiten der demokratischen Teilhabe in Politikbereichen wie Beschäftigung, Menschenrechte oder Friedensaufbau.

³⁹ https://europa.eu/youth/home_de

6. Schlussfolgerungen und Ausblick für die jugendpolitische Zusammenarbeit in der EU

In den ersten drei Jahren ihrer Umsetzung hat sich die EU-Jugendstrategie für den Zeitraum 2021–2027 trotz der störenden Wirkung der COVID-19-Pandemie als **starker und wirkungsvoller Fahrplan** zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten und zur Unterstützung der Jugendpolitik sowohl auf EU- als auch auf nationaler Ebene erwiesen. Der Jugendsektor konnte sich bei der Umsetzung der Strategie auf die in den letzten Jahren entwickelten Instrumente sowie auf die wesentlichen europäischen Jugendprogramme stützen.

Der **EU-Jugenddialog hat junge Menschen erfolgreich mit Politikern und Politikerinnen zusammengeführt** und ihnen die Möglichkeit gegeben, über Ideen zu diskutieren und die Jugendpolitik zu beeinflussen. Durch den Dialog ist sichergestellt, dass die Stimme junger Menschen zählt, wodurch ihre Beteiligung am demokratischen Prozess zunimmt. Es wurden Anstrengungen unternommen, um mehr junge Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund und Profil zu erreichen. **Der Kontakt zu jungen Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund jenseits der traditionellen Vertretung kann jedoch weiter verbessert werden.** Die Strategie für Inklusion und Vielfalt der neuen Programme von Erasmus+ und dem Europäischen Solidaritätskorps bietet einen soliden Rahmen, um intensiver auf dieses Ziel hinzuarbeiten und neue Formen der Beteiligung zu fördern, die darauf ausgelegt sind, das Engagement junger Menschen aus benachteiligten Verhältnissen zu steigern. Im Rahmen des Europäischen Sozialfonds Plus ist ein besonderer Schwerpunkt die Unterstützung von NEET und anderen benachteiligten oder gefährdeten jungen Menschen.

Die EU scheint im Hinblick auf die Entwicklung von politischen Maßnahmen, Programmen und Initiativen für junge Menschen auch eine **Quelle der Inspiration für andere Regionen der Welt** zu sein. Inspiriert vom EU-Jugenddialog, wurden außerhalb der Europäischen Union Prozesse eingerichtet, um mit jungen Menschen in Kontakt zu treten, beispielsweise in den Ländern der Östlichen Partnerschaft.

Die Möglichkeiten, die die EU-Jugendprogramme jungen Menschen und dem Jugendsektor bieten, sind weiterhin beliebt und attraktiv – das hat sich auch während der Pandemie nicht verändert. Durch den **Ansatz der Co-Creation⁴⁰**, den die Kommission bei der Entwicklung der neuen Jugendprogramme angewandt hat, konnten während der Pandemie Flexibilitätsmaßnahmen getroffen werden, um dem Bedarf im Jugendsektor gerecht zu werden. Die Kommission war somit in der Lage rasch tätig zu werden, um den Sektor bei der Anpassung an neue Herausforderungen wie die eingeschränkte physische Mobilität und an digitale und hybride Formate zu unterstützen.

Die Pandemie hat jedoch auch deutlich gemacht, wie wichtig das Nachdenken über die Rolle der Demokratie in der Gesellschaft ist, und dass **politische Bildung, Medienkompetenz, ein Bewusstsein für Desinformation und Jugendarbeit von wesentlicher Bedeutung** für die Förderung der aktiven Teilhabe und des Engagements junger Menschen sind. Der massive Wandel hin zu Online-Bildung und digitaler Jugendarbeit bedeutet, dass **raschere Reformen**,

⁴⁰ Co-Creation bedeutet, dass Jugendakteure bei der Ausarbeitung der Programme einbezogen wurden.

der Aufbau von Kapazitäten, die Schulung von Lehrkräften und Jugendarbeiterinnen und Jugendarbeitern, die Entwicklung von Kompetenzen, neue pädagogische Ansätze sowie eine erhöhte digitale Bereitschaft erforderlich sind, aber er führt uns auch die grundlegende Bedeutung von Präsenzaktivitäten für bestimmte Gruppen junger Menschen vor Augen.

Die für Erasmus+ und das Europäische Solidaritätskorps vorgesehenen Programme für den Zeitraum 2021–2027 und der Europäische Sozialfonds Plus tragen der Notwendigkeit des digitalen und grünen Wandels von Wirtschaft und Gesellschaft Rechnung. Die Programme sind inklusiver und fördern einen positiven Wandel, der die Bereiche allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport widerstandsfähiger gegenüber Veränderungen machen soll, und sie unterliegen einer engen Abstimmung mit den Prioritäten für die Verwirklichung des **europäischen Bildungsräums** und für den **Aktionsplan für digitale Bildung**.

Die Kommission ist entschlossen, Jugendfragen künftig weiter in den unterschiedlichen Politikbereichen einzubeziehen, wie die kürzlich erfolgte Ernennung der **EU-Jugendkoordinatorin** zeigt. Die Koordinatorin wird sich dafür einsetzen, dass die Anliegen junger Menschen im Rahmen der Politikgestaltung der Union stärker Gehör finden und dass auf europäischer Ebene die Synergien und der Wissensaustausch zwischen den verschiedenen Politikbereichen, die junge Menschen betreffen, verbessert werden.

Darüber hinaus verstärkt die Kommission ihre Bemühungen, die Jugend in wesentliche europäische Initiativen einzubinden. Junge Menschen spielen eine wichtige Rolle bei der **Konferenz zur Zukunft Europas**, die sich mit wichtigen Themen wie dem Klimawandel, einer stärkeren Wirtschaft und der Zukunft von Arbeit und Beschäftigung, der Ausbildungs-, Weiterbildungs- und Jugendpolitik und der wachsenden Bedeutung digitaler Technologien befasst. Junge Menschen sind aufgefordert, eine aktive Rolle in der Initiative des **neuen europäischen Bauhaus** zu spielen, einer Bewegung zur gemeinsamen Gestaltung und Entwicklung neuer Lebensweisen im Einklang mit unserer Erde.

Trotz der Unterschiedlichkeit der nationalen Gegebenheiten hat die Jugendstrategie es den Mitgliedstaaten ermöglicht, gemeinsame Herausforderungen und Prioritäten zu ermitteln, vor allem durch Initiativen des Voneinander-Lernens und insbesondere im Kontext der Pandemie.

Im nächsten Zeitraum könnten die Instrumente der Strategie genutzt werden, um die Beteiligung, Begegnung und Befähigung von jungen Menschen zu verbessern. Dazu gehört die weitere Stärkung der Prozesse zur Beteiligung der Jugend und das Erreichen von mehr jungen Menschen jenseits der üblichen Vertretung sowie die Umsetzung der Europäischen Jugendarbeitsagenda und der künftigen Empfehlung des Rates über die Mobilität junger Freiwilliger. Die Instrumente der Strategie könnten darüber hinaus für die Bewältigung spezifischer künftiger Herausforderungen genutzt werden. Beispiele dafür sind die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Ausbildung, Beschäftigung und psychische Gesundheit junger Menschen, insbesondere benachteiligter Personen, und der zunehmende Bedarf an digitaler Jugendarbeit.

Diese derzeitigen Prioritäten werden in den neuen **Arbeitsplan für den Dreijahreszeitraum 2022–2024** einfließen, der sich in erster Linie auf die **Widerstandsfähigkeit und Erholung der Jugend und des Jugendsektors** in der Zeit nach COVID-19 konzentrieren wird. EU-

Programme und EU-Fördermittel wie **Erasmus+, das Europäische Solidaritätskorps, Horizont Europa und der Europäische Sozialfonds Plus** können einen wichtigen Beitrag leisten, da sie gestärkt und an die jüngsten Entwicklungen angepasst wurden. Eine große Wirkung können auch die zusätzlichen Mittel aus dem Aufbauinstrument **NextGenerationEU** entfalten, das eine deutliche Unterstützung zahlreicher Politikbereiche vorsieht, die junge Menschen betreffen (Bildung, Kompetenzen, Beschäftigung, Klima usw.).

Allen jungen Europäerinnen und Europäer gleichberechtigten Zugang zu Möglichkeiten zu verschaffen und die Unterstützung zu bieten, die sie zum Leben, Arbeiten, Lernen und für ihren Erfolg benötigen, steht nach wie vor im Mittelpunkt der jugendpolitischen Zusammenarbeit und der Jugendpolitik der Union. Die EU-Jugendstrategie 2021–2027 ist für die Verwirklichung der genannten Ziele von entscheidender Bedeutung. Die Schaffung dieses starken politischen Rahmens für den Austausch von Wissen und das Voneinander-Lernen zwischen den Mitgliedstaaten sowie die Verwendung der Mittel aus dem Erasmus+-Programm und anderen EU-Programmen für die drei strategischen Säulen Beteiligung, Begegnung und Befähigung werden vielen jungen Menschen in Europa die Entfaltung ihres vollen Potenzials und die Vorbereitung auf den grünen und digitalen Wandel ermöglichen und zur Gestaltung einer besseren und fairen Zukunft für sie beitragen.

Am 15. September 2021 kündigte Präsidentin von der Leyen in ihrer Rede zur Lage der Union⁴¹ an, das Jahr 2022 zum Europäischen Jahr der Jugend zu erklären, zu einem „Jahr, das den jungen Menschen gewidmet ist und jene in den Fokus rückt, die für andere auf so vieles verzichtet haben“. Das Ziel des geplanten Jugend-Jahres ist es, die Anstrengungen der Union, der Mitgliedstaaten sowie der regionalen und lokalen Stellen zu verstärken, um der Jugend für die Zeit nach der Pandemie Wertschätzung, Unterstützung und Engagement angedeihen zu lassen, denn „Europa braucht alle seine jungen Menschen“.

⁴¹ https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/SPEECH_21_4701